

1390/AB XX.GP

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Schweitzer und Kollegen haben am 30.10.1996 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 1401/J betreffend "illegaler Export von Kunststoffmüll" gerichtet. Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit - ich Kopie beigefügte Anfrage beziehe ich mich, folgendes mitzuteilen:

ad 1

Nein.

ad 3

Es liegen bzw. liegen keine begründeten Verdachtsmomente vor, daß österreichische Kunststoffabfälle nach Bulgarien bzw. in die Ukraine verbracht worden sind.

Die vorliegenden Medienberichte waren jedenfalls substantiell nicht ausreichend um einen entsprechenden Verdacht zu begründen; bei den exportierten Materialien hat es sich nach Kenntnis des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie bzw. gemäß den diesbezüglich vorliegenden Unterlagen um aus Deutschland stammende Kunststoffabfälle gehandelt, es wurden selbstverständlich Erhebungen durchgeführt, ob auch aus Österreich Kunststoffabfälle nach Bulgarien bzw. in die Ukraine exportiert wurden. Begründete Anhaltspunkte für den Export von Kunststoffabfällen in diese Länder liegen jedoch nach wie vor nicht vor.

ad4

Seitens der Oberösterreichischen Umweltrechtsabteilung wurde Strafanzeige gegen Herrn Johann Glas wegen falscher Zeugenaussage vor einer Verwaltungsbehörde erstattet. Anlässlich dieser Anzeige wurden seitens des Landeshauptmannes von Oberösterreich auch sämtliche Unterlagen betreffend die angebliche illegale Ausfuhr von Kuriststoffabfällen aus Österreich nach Bulgarien bzw. in die Ukraine der zuständigen Staatsanwaltschaft übermittelt. Eine weitere Veranlassung durch das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie war daher nicht nötig.

ad5

Die Durchfuhrbestätigungen gemäß § 36 AWG sind seitens des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie ordnungsgemäß ausgestellt worden, da die dafür erforderlichen Voraussetzungen (Einfuhrklärungen des Einfuhrstaates, erforderliche Transitbewilligungen der Durchfuhrstaaten) in jedem Einzelfall vorlagen. Es bestand keine dem AWG entsprechende rechtliche Möglichkeit, die Ausstellung dieser Bestätigungen zu verweigern.

ad6

Dazu bestehen keinerlei Anhaltspunkte.

ad7

Es besteht der Verdacht, daß im gegenständlichen Fall der Versuch einer Verwaltungsübertretung im Sinne des § 39 Abs. 1 lit. b Z 23 AWG gesetzt wurde.

ad8

Die gegenständlichen Materialien stammten nicht aus der getrennten Sammlungen, die von der ÖKK GmbH zu verwerten waren, sondern es handelte sich um nicht sortenreine Produktionsabfälle; insofern ist daher auszuschließen, daß im gegenständlichen Fall eine strafbare Handlung im Sinne des § 146 StGB (Betrug) vorliegt.

ad9

Ja.

ad10

Die geerständlichen Produktionsabfälle wurden dem genarinten Kärntner Unter-
nehmer übergeben, ohne daß dieser Unternehmer eine Verpflichtung traf, diese in
der eigenen Anlage einer Verwertung zuzuführen. Eine illegale Ausfuhr ist daher nur
verwaltungsstrafrechtlich zu ahnden (kein Betrugsverdacht!).

ad12

Da die Beamten korrekt gehandelt haben, ist diese Aussage nicht nachvollziehbar
und ist in dieser Form angeblich auch nicht getätigt, sondern offensichtlich voreilig in
der Medienberichterstattung getroffen worden.

ad13

Den mit der Durchführung von Kontrollen beauftragten Beamten des Bundesministe-
riums für Umwelt, Jugend und Familie sind bereits vor dem versuchten Grenzübergang
diesbezügliche Informationen bekanntgegeben worden. Gemäß diesen Informatio-
nen ist der Transporteur, dessen LKW anlässlich der Grenzkontrolle angehalten wur-
de, lautend für den besagten Kärntner Unternehmer tätig. Den für den Grenzüber-
gang Arnoldstein zuständigen Zollorgani wurden unverzüglich sämtliche relevanten
Informationen im Zusammenhang mit der illegalen Ausfuhr von Kunststoffabfällen
zur Kenntnis gebracht. Die Zöllner wurden angehalten, LKWs verdächtiger Unter-
nehmer einer geordneten Beschau zu unterziehen.

Die Beamten des Ressorts führten u.a. aus diesem Grund zu diesem Zeitraum Kon-
trollen gemäß § 33 AWG am Grenzübergang Arnoldstein sowie bei diversen Unter-
nehmen in Kärnten durch.

ad 14 und 15

Die Beamten haben unverzüglich und absolut korrekt gehandelt.

ad16

Die Ausfuhr von ungewaschenem Mahlgut aus PET-Abfällen aus der Haushalts-
sammlung ist gemäß § 35 AWG bewilligungspflichtig.

Die Ausfuhr ohne Ausfuhrbewilligung bis 31. Dezember 1996 stellt eine Verwaltungsübertretung im Sinne des § 39 Abs. 1 lit. b Z 23 AWG dar. Um die strafrechtliche Relevanz des Sachverhaltes festzustellen, erfolgte seitens meines Ressorts eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Klagenfurt. Die Untersuchungen laufen derzeit.

Wurden die betreffenden Materialien nicht vereinbarungsgemäß bei dem überprüften Unternehmen einer ordnungsgemäßen Verwertung zugeführt, ist seitens der ÖKK GmbH zu prüfen, ob im Falle einer Abgabe dieser Abfälle an Dritte, bei denen die ordnungsgemäße Verwertung dieser Abfälle nicht sichergestellt ist, der Tatbestand des § 146 StGB erfüllt ist.

ad 17

Da es sich in diesem Fall um eine vertragliche Verpflichtung zur Verwertung gehandelt hat, wurde eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Klagenfurt übermittelt.

ad 18 und 19

Seitens der ÖKK wurden einerseits der Verpackungskommissionen regelmäßig die Mengen- und Verwertungsbilanzen vorgelegt (gegliedert nach Übernahmemenge und an Verwertungspartner weitergegebene Menge) und andererseits wurden Mengen- und Verwertungsbilanzen jährlich im Rahmen der Jahresberichte der ARA AG und der ÖKK veröffentlicht. Die Überprüfungsmethodik der Verwertungspartner seitens der ÖKK lassen auf eine ordnungsgemäße Prüfung schließen.

Darüber hinaus erfolgen sowohl Überprüfungen der Systempartner als auch Kontrollen der Verwerter seitens des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie; dabei wurde festgestellt, daß in der Regel die den Bestimmungen der Verpackungsverordnung entsprechende Verwertung erfolgt.

ad 20

Es ist weiterhin die Durchführung eritisprechender Kontrollen vorgesehen, wobei eine Verbesserung durch die Novellen zum AWG und zur VVO zu erwarten ist.

ad21

Bisher waren Koritrolleri, betreffend die Verpackungsverordnung von der Bezirksverwaltungsbehörde durchzuführen. Es ist jedoch zu bemerken, daß auch durch eine irriterisive Koritrolltätigkeit Mißstände nie gärlizlich ausgeschlossen werden können. Die Kontrollen durch das Bundesministerium für Umwelt, Jugerid und Familie waren häufig und erfolgreich und haberi im Gegensatz zu deri immer wieder iri den Medien kolportierten "Skandalen" zu Bestrafurigen, zuletzt 18 Monate bedingte Haftstrafe für deri Ex-Geschäftsführer eiries Kärntner Uriterriehmeris, geführt.

ad22 bis 24

Durch die AWG Novelle 1 996 wurde im 3 33 Abs. 5 dem Bundesminister für Umwelt, Jugerid und Familie die Koritrolle der Verpackungsverordnung übertragen. Dadurch ist eine koordinierte und im Buridesgebiet gleichartige urid abgestimmte Vorgarigsweise möglich.

ad 25 bis 27

Ja, es existierl ein neuer Prüfbericht betreffend die ÖKK GmbH.

Vergeben wurde der Auftrag zum Thema:

"Überprüfurig der Gebarung der ÖKK Österreichischer Kunststoff Kreislauf GmbH iri Hinblick auf eine kosteneffizierite Umsetzung der Verpackungsverordriurig".

Inhalt der Untersuchung waren insbesondere die

- . Überprüfurig der Gesamtgebarung der ÖKK in Hiriblick auf eirie kosteneffiziente Umsetzurig der Verpackungsverordnung;
- . Überprüfung der Kalkulationi urid der Verrechnung der Leistungsbereiche: Transport, Lagerung, Verwerturig (thermisch und stofflich), Overhead (Öfferitlichkeitsarbeit, Verwaltung etc.),
- . Überprüfung der liquiditätsmäßigeri Voraussetzungen irisbesondere im Zusammenhang mit der "spätereri" thermischen Verwertung (Rückstellung und dereri finanziellen Bedeckurig).

Da diesem Prüfbericht auch Angaben über interne Geschäftsverhältnisse zugrunde liegen, muß davon abgesehen werden, diesen Prüfbericht dem Parlament zu übermitteln.